

Beobachtungen zur 58. Tagung des UN-Menschenrechtsrates

24. Februar bis 4. April 2025

*“Amid these difficulties we must remember why we are here.
Our responsibility is not just to debate or adopt resolutions.
It is to make tangible positive impact on people’s lives.”
Jürg Lauber, President of the Human Rights Council*

Auf den ersten Blick wirkte die 58. Tagung des Menschenrechtsrates wie eine übliche sechswöchige Frühjahrstagung. Die Tagesordnung folgte den festgelegten Agendapunkten, Resolutionsverhandlungen und Side Events fanden in gewohnt enger Taktung statt und in der Serpentine Bar mischten sich Diplomat*innen, NGO-Vertreter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen zu Gesprächen. Bei genauem Hinschauen war der Elefant im Raum jedoch nicht zu übersehen. Genau drei Wochen vor Beginn der Tagung hatte US-Präsident Trump [per Dekret](#) verkündet, dass die USA dem Menschenrechtsrat politisch und finanziell den Rücken kehren werden. Zur Begründung heißt es im Dekret, der Menschenrechtsrat schütze Menschenrechtsverletzer, indem sie diesen benutzen, um Überprüfung zu entgehen („UNHRC has protected human rights abusers by allowing them to use the organization to shield themselves from scrutiny“). Sowohl reguläre wie freiwillige Beiträge werde man bis auf weiteres und abhängig von einer umfassenden Überprüfung nicht zahlen. Auch wenn dies niemanden ernsthaft überraschen konnte, hatten dennoch wohl viele gehofft, dass sich der Schaden in Grenzen halten würde. Doch nicht nur ist das ohnehin chronisch unterfinanzierte UN-Menschenrechtssystem nun in existentiellen Schwierigkeiten. In Kombination mit der Zerschlagung von USAID, den Mittelkürzungen auch bei anderen Staaten und damit dem faktischen Aus für die finanzielle Unterstützung unzähliger Menschenrechtsorganisationen weltweit wird es künftig noch sehr viel schwieriger als ohnehin schon für Menschenrechtsverteidiger*innen sein, ihren Forderungen in Genf Gehör zu verschaffen. „Dieser Raum wird bald deutlich leerer werden,“ prophezeite eine Gesprächspartnerin in der Serpentine Bar.

Neben den dramatischen finanziellen Auswirkungen ist der politische Schaden derzeit noch weniger sichtbar, ebenso wie Strategien, um diesen konstruktiv abzuwenden. Immerhin riefen mehr als 70 Staaten auf Initiative von Niederlande, Chile, Kirgistan und Albanien in einem [Gemeinsamen Statement](#) dazu auf, sich zu multilateraler Menschenrechtskooperation und zum Mandat des Menschenrechtsrat zu bekennen. Zuversicht vermag die relativ überschaubare Zahl der Unterzeichner angesichts der Umstände aber nicht zu vermitteln.

Spätestens im September - wenn die Überprüfung der USA im Rahmen des Universal Periodic Review (UPR) auf der Tagesordnung steht - wird sich zeigen, wie nachhaltig der Menschenrechtsrat von der US-Regierung in die Knie gezwungen wird. Einen Ausblick auf das Schreckensszenario bot in dieser Tagung bereits Nicaragua. Dessen UPR hatte im November 2024 stattgefunden, doch auf die 279 abgegebenen Empfehlungen hatte die Regierung nicht reagiert. Eine Stellungnahme des überprüften Staates zu den Empfehlungen gilt jedoch als Voraussetzung für die offizielle Annahme des Ergebnisberichts durch den Menschenrechtsrat, was für den 26. März auf der Tagesordnung gestanden hätte. Auf die offizielle Absage Nicaraguas an die Zusammenarbeit mit dem Menschenrechtsrat folgten

schließlich die Verschiebung der UPR-Annahme auf September und intensive diplomatische Bemühungen, um einen folgenreichen Präzedenzfall zu verhindern.

Das sogenannte **High Level Segment**, bei dem zu Beginn jeder Frühjahrstagung zahlreiche hochrangige Staatenvertreter*innen meist im Ministerrang (das Protokoll vermerkt für dieses Mal 121) die Menschenrechte verbal hochhalten, spiegelte die ambivalente Stimmung im Menschenrechtsrat wieder. Einerseits die bekannte Mischung aus mehr oder weniger überzeugenden Menschenrechtsbekenntnissen, die der jeweils eigenen Performance nicht immer gerecht werden, andererseits die wichtigen Bekenntnisse zu den UN-Menschenrechtsmechanismen und die deutlich vernehmbaren Sorgen angesichts der multiplen Krisen und Kriegen, und quer dazu die Anschuldigungen an diejenigen, die jeweils verantwortlich für schwere Menschen- und Völkerrechtsverletzungen gemacht werden. Das MRR-Präsidium bedauerte (ausweislich des Protokolls einer seiner Sitzungen) die mitunter „unangemessene Sprache“ während der ersten Sitzungswoche, die „einer konstruktiven Debatte nicht förderlich“ sei. Unter anderem die Statements, mit denen am Ende des High Level Segments formal auf Äußerungen anderer Delegationen geantwortet wurde („right of reply“), bieten dafür unschöne Beispiele ([nachzuschauen hier ab 57:35](#)).

An Deutschland kann dies nicht gelegen haben, denn weil die Tagung ausgerechnet am Tag nach der Bundestagswahl begann, war die Bundesregierung vorhersehbar unabhkömmlich und kein*e deutsche*r Minister*in beim High Level Segment vertreten. Dies hielt jedoch die deutsche Delegation vor Ort nicht davon ab, auf andere Weise ihre Position sichtbar zu machen. Während der Rede des stellvertretenden russischen Außenministers Sergey Vershinin ([Video ab 1:35:00](#)) verließen zahlreiche Diplomaten*innen, angeführt von Frankreich, UK und Deutschland, [aus Solidarität mit der Ukraine den Saal](#). Sie verpassten deshalb nicht nur die schwer erträglichen Anschuldigungen gegen die Ukraine, sondern auch Vershinins Beteuerung, dass Russland trotz seines Ausschlusses den Menschenrechtsrat weiterhin als das wichtigste internationale Menschenrechtsgremium ansehe und, anders als die USA, weiterhin aktiv darin mitwirken werde.

Neben all diesen (nicht ganz) neuen Herausforderungen werden die schon bekannten keineswegs geringer. Dazu gehören vor allem die **Übergriffe und Repressionen gegen Menschenrechtsaktivist*innen**, die ihre Anliegen in Genf vertreten wollen. Nicht mehr mögliche online-Teilnahmen an Debatten und Resolutionsverhandlungen oder Visaverweigerungen scheinen da fast das kleinere Übel. Ganz offen war im großen Saal zu beobachten, wie China einmal mehr einem kritischen NGO-Vertreter das Rederecht absprechen wollte. Ein Menschenrechtsverteidiger aus einem lateinamerikanischen Land wurde demonstrativ von anderen Personen gefilmt, was den Einsatz von Sicherheitsbeamten erforderlich machte. Noch während des Statements eines china-kritischen Redners bei einem Side Event wurde dessen Familie in China durch Polizeibeamte bedroht. Alle drei Fälle betreffen Partner von Mitgliedsorganisationen des FMR und sind mitnichten Einzelfälle.

Angesichts dieser Umstände ist es wenig verwunderlich, aber doch beunruhigend, wie viele Verhandlungssitzungen es brauchte für die Resolution zu **Menschenrechtsverteidiger*innen und neuen Technologien im digitalen Zeitalter** (*Human rights defenders and new and emerging technologies: protecting human rights defenders, including women human rights defenders, in the digital age*; siehe Anhang). Selbst der etablierte Begriff der „human rights defenders“ wurde von einigen in Frage gestellt, 26 Jahre nach Annahme der Erklärung durch die Generalversammlung. Russland brachte drei Änderungsanträge ein (ein vierter wurde zurückgezogen), unterstützt von China, die unter anderem Kriminalisierung von

Menschenrechtsverteidiger*innen unter Umständen gerechtfertigt hätte. Alle drei Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt und die Resolution schließlich im Konsens angenommen, von dem sich jedoch China und einige andere distanzieren.

Inhaltlich betont die Resolution - neben den grundsätzlichen Forderungen zum Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen - das Potential ebenso wie die Risiken von digitalen Technologien für die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen und die Notwendigkeit von digitaler Konnektivität auch in abgelegenen Regionen, kritisiert den Einsatz von Technologien zur menschenrechtswidrigen Überwachung oder zur Störung von Kommunikation, auch über Grenzen hinweg. Die Staaten werden dazu aufgerufen, digitale Technologien, Spionagesoftware und künstliche Intelligenz nicht einzusetzen, wenn dies mit menschenrechtlichen Verpflichtungen nicht vereinbar ist. Auch die entsprechende Verantwortung von Wirtschaftsunternehmen wird angemahnt.

Weitere Themen ...

All den politischen und finanziellen Problemen zum Trotz konnte der Menschenrechtsrat also auch in dieser Tagung Resolutionen verhandeln und - mehrheitlich im Konsens - verabschieden, Mandate verlängern und einzelne erweitern und sogar die Erarbeitung eines neuen Menschenrechtsabkommen in Auftrag geben.

Im Konsens wurde die Einsetzung einer [Arbeitsgruppe beschlossen](#), die ein neues internationales Abkommen zu den **Menschenrechten älterer Menschen** ausarbeiten soll. Dieses soll Schutzlücken verbindlich schließen, auf die Menschenrechtsorganisationen und auch die Sonderberichterstatterin zu den Rechten älterer Menschen seit Jahren aufmerksam machen.

Während viele Regierungen ihre Entwicklungszusammenarbeit erheblich kürzen oder prioritär an eigenen ökonomischen oder politischen Interessen ausrichten, hebt die [Resolution](#) zu **wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten** die Notwendigkeit des Gegenteils hervor. Im Rahmen von „financing for development“ werden u.a. eine Reform der internationalen Finanzarchitektur, Klimafinanzierung und Schuldenerleichterung als Erfordernisse für die Realisierung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte aufgeführt. Die Resolution macht aber auch deutlich, dass Staaten eine Steuer- und Finanzpolitik verfolgen müssen, um ihren menschenrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen und soziale Sicherheit für ihre Bürger*innen zu gewährleisten. Dass diese Resolution im Konsens angenommen wurde, ist durchaus beachtlich.

Dies gilt auch für die [Resolution](#) zum **Menschenrecht auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt**, für die es sehr viele Verhandlungsrunden bedurfte. Der Schwerpunkt lag in diesem Jahr auf dem Schutz und der Erhaltung Ozeane, auch mit Blick auf die anstehende UN-Ozeankonferenz. Die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen im Umweltbereich wird ausdrücklich als legitim und wichtig hervorgehoben. Für einen Appell zur Abkehr von fossiler Energie fand sich hingegen keine ausreichende Unterstützung.

Per Resolution wurden die Mandate der Sonderberichterstatter*innen zu Religions- und Glaubensfreiheit, zum Recht auf Nahrung sowie zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten bei der Terrorismusbekämpfung verlängert.

... und Länder

Unter ganz neuen Vorzeichen wurde in dieser Tagung die [Resolution](#) zu **Syrien** diskutiert. Nach dem Sturz des Assad-Regimes hob der neue syrische Außenminister die Kooperationsbereitschaft der Regierung (im Resolutionstext hieß es bis kurz vor Schluss noch „interim authorities“) hervor, machte aber auch deutlich, dass man eine baldige Aufhebung der Sanktionen erwarte, um den Wiederaufbau des Landes auf den Weg zu bringen. Der im noch Amt verbliebene syrische UN-Botschafter zeigte in den Verhandlungen erstaunliche Wandlungsbereitschaft. Der Resolutionstext wurde runderneuert, aber das Mandat der Untersuchungskommission unverändert verlängert und Resolution unter item 4 belassen. Angenommen wurde die Resolution erstmalig im Konsens, was maßgeblich auf die Verhandlungsbereitschaft der syrischen Delegation zurückzuführen war.

Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wie im letzten Jahr (24J-8N-15E) wurde die [Resolution zu Iran](#) verabschiedet, und dies trotz einer signifikanten Ausweitung des Mandats der Ermittlungsmision (Fact-Finding Mission). Die Kernverhandlungsgruppe (Core Group), zu der auch Deutschland gehört, setzte hier ein sehr wichtiges Signal. Die Mission soll nun auch über die Frauen-Leben-Freiheit-Proteste hinaus die aktuellen und anhaltenden Menschenrechtsverletzungen untersuchen, und auf die Erkenntnisse der Mission zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird ausdrücklich Bezug genommen. Das Mandat der FFM sowie der Sonderberichterstatterin zum Iran wurden mit der Resolution um ein Jahr verlängert.

Zu **Israel/OPT** standen vier Resolutionen zur Abstimmung. Leider konnte sich Deutschland zur „[Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten](#) und die Verpflichtung zu Rechenschaft und Gerechtigkeit“ (unter item 2) nicht zu einer Enthaltung durchringen und stimmte mit Nein (ebenso wie Tschechien, Belgien stimmt mit Ja, übrige EU-Staaten enthielten sich). Bei Lektüre des Resolutionstext vor dem Hintergrund der deutschen Positionierung im Konflikt liegt nahe, wo die roten Linien sein dürften. Und die „Einladung“ an die Generalversammlung zur Einsetzung eines unabhängigen Mechanismus, um die für schwere Völkerrechtsverbrechen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen („*Invites the General Assembly to consider establishing an ongoing international, impartial and independent mechanism to assist in the investigation and prosecution of persons responsible for the most serious crimes under international law committed by all parties*“) ist vermutlich für Deutschland auch nicht akzeptabel, obwohl man solchen Mechanismen in anderen Fällen durchaus zugestimmt hat. Mit anderswo reklamierten Menschenrechts- und Völkerrechtsprinzipien der bisherigen Bundesregierung ist das jedenfalls nicht in Übereinstimmung zu bringen, zumal alle Aussagen im Text durch internationale Gremien oder Gerichte gut dokumentiert sind.

Auch die Resolution in Bezug auf den besetzten Golan (item 7) wurde von Deutschland abgelehnt (item 7, kein Ja von EU-Staaten, aber Enthaltungen). Der Resolution zum Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung (item 7) stimmten alle im MRR vertretenen EU-Staaten mit Ausnahme Belgiens (nein) zu. Bei der Resolution zu den israelischen Siedlungen stimmte Deutschland mit Enthaltung (item 7, Tschechien Nein, Belgien, Zypern, Frankreich, Island und Spanien Ja, Rumänien und Bulgarien Enthaltung).

Auch das Mandat der **Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtssituation in den Besetzten Palästinensischen Gebieten** stand in dieser Tagung zur Verlängerung an. Wohl kaum eine Sonderberichterstatterin steht derzeit so in der öffentlichen Aufmerksamkeit, wird so massiv politisch (motiviert) kritisiert und von Veranstaltungen ausgeladen wie

Francesca Albanese. Die Verlängerung für eine zweite Amtszeit erfolgte im etablierten Verfahren ohne Abstimmung und entzog somit der Kampagne gegen sie zumindest im diesem Plenum die Bühne.

Die Untersuchungskommission zu [Ukraine](#) präsentierte im Menschenrechtsrat erneut einen Bericht, der die Grausamkeiten des Krieges mit Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen eindrücklich dokumentiert. Ihr Mandat wurde für ein weiteres Jahr verlängert (25J-4N-18E).

Auch zu [Belarus](#) wurden die Mandate der Gruppe Unabhängiger Experten und des Sonderberichterstatters um ein Jahr verlängert (25J-5N-17E)

Die Resolution zu [Nicaragua](#) wurde in dieser Tagung nicht mehr unter item 2, sondern unter item 4 verhandelt und abgestimmt, womit der mangelnden Kooperationswilligkeit der betreffenden Regierung deutlich begegnet wurde. Auslöser hierfür war die bereits erwähnte Ankündigung Nicaraguas, nicht mehr mit dem Menschenrechtsrat zusammenzuarbeiten. Die Mandate der Expertengruppe und des OHCHR wurden um zwei Jahre verlängert (29J-4N-14E).

Island, gemeinsam mit Chile und Südafrika und unterstützt von 12 weiteren Staaten, trug ein [Gemeinsames Statement](#) zur Situation in **Afghanistan** vor. Sie forderten - mit Verweis auf die Berichte des Sonderberichterstatters und des Hochkommissars – einen unabhängigen Untersuchungsmechanismus mit umfassenden Mandat („*additional independent investigation mechanism, with a comprehensive mandate and broad scope, to support efforts towards criminal accountability.*“) Obwohl Deutschland sich im Menschenrechtsrat bisher sehr zu Afghanistan engagiert hat, wollte man diese Forderung nicht mittragen und verwies vor Beginn der Tagung bereits auf die Zeit des Regierungsübergangs, in der man keine neuen Verpflichtungen eingehen wolle. Die Beobachterin überzeugt dies nicht, wenn es sich doch „nur“ um ein politisches Statement handelt.

Wie immer ist dieser Bericht eine subjektive Auswahl der Beobachterin. Alle [Resolutionen der 58. Tagung](#) sind auf der Webseite des Menschenrechtsrates dokumentiert.

29. April 2025
Dr. Silke Voß-Kyeck
für das Forum Menschenrechte



Human Rights Council**Fifty-eighth session**

24 February–4 April 2025

Agenda item 3

**Promotion and protection of all human rights, civil,
political, economic, social and cultural rights,
including the right to development****Resolution adopted by the Human Rights Council
on 4 April 2025****58/23. Human rights defenders and new and emerging technologies:
protecting human rights defenders, including women human rights
defenders, in the digital age***The Human Rights Council,**Guided* by the purposes and principles of the Charter of the United Nations and the Universal Declaration of Human Rights, the International Covenants on Human Rights and other relevant instruments,*Recalling* General Assembly resolution 53/144 of 9 December 1998, by which the Assembly adopted by consensus the Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms, commonly referred to as the Declaration on Human Rights Defenders, and the continued validity and application of all its provisions, and reiterating the importance of the Declaration and its promotion and full and effective implementation,*Recalling also* all other previous resolutions on this subject, including Human Rights Council resolutions 22/6 of 21 March 2013, 31/32 of 24 March 2016, 34/5 of 23 March 2017, 40/11 of 21 March 2019 and 43/16 of 22 June 2020, 49/18 of 1 April 2022 and 52/4 of 3 April 2023, and General Assembly resolutions 68/181 of 18 December 2013, 70/161 of 17 December 2015, 72/247 of 24 December 2017, 74/146 of 18 December 2019, 76/174 of 16 December 2021 and 78/216 of 19 December 2023,*Affirming* the Global Digital Compact adopted by the General Assembly in its resolution 79/1 of 22 September 2024, and the sections of the Compact on objectives, principles, commitments, actions, follow-up and review with regard to human rights,*Reiterating* that all human rights and fundamental freedoms are universal, indivisible, interdependent and interrelated and should be promoted and implemented in a fair and equitable manner, and emphasizing that the same rights that apply offline also apply online,*Reaffirming* that States have the primary responsibility and are under the obligation to respect, protect and fulfil all human rights and fundamental freedoms of all persons, and welcoming the steps taken by many States to create a safe and enabling environment for human rights defenders, both online and offline,

Recalling that the Guiding Principles on Business and Human Rights set out a principled approach for all companies to prevent, mitigate and address human rights harms to people from business activities, and that, for technology companies, this includes that they should anticipate and address harms related to the use of their products and services, commonly referred to as the “end-use”,

Underscoring that the legal framework within which human rights defenders work peacefully to promote and protect human rights and fundamental freedoms is that of national legislation consistent with the Charter and international human rights law,

Reaffirming the importance of the Declaration on Human Rights Defenders and its full and effective implementation, and that promoting respect, support and protection for the activities of human rights defenders, including women human rights defenders, is essential to the overall enjoyment of human rights, both online and offline,

Stressing that, in the exercise of the rights and freedoms referred to in the Declaration, human rights defenders, acting individually and in association with others, shall be subject only to such limitations as are in accordance with applicable international obligations and are determined by law solely for the purpose of securing due recognition and respect for the rights and freedoms of others and of meeting the just requirements of morality, public order and the general welfare in a democratic society,

Noting civil society initiatives to mark the twenty-fifth anniversary of the Declaration on Human Rights Defenders, in particular Declaration +25,

Recognizing the important and legitimate role played by human rights defenders, including women human rights defenders, in the promotion and protection of human rights, both online and offline, and in advocating for equal access to new technologies and bridging digital divides, including gender and geographic digital divides, through technological solutions,

Recognizing also that new and emerging digital technologies can hold great potential for strengthening democratic institutions and the resilience of civil society, empowering civic engagement and enabling the work of human rights defenders, public participation and the open and free exchange of ideas, and for the exercise of all human rights,

Recognizing further that digital technologies could be used as a tool for spreading hate speech, harmful narratives and propaganda, including through misinformation and disinformation, which can constitute an incitement to discrimination, hostility or violence and have a negative impact on the realization of human rights,

Emphasizing the particular risks with regard to the safety of human rights defenders in the digital age, including their exposure to unlawful or arbitrary surveillance, unlawful or arbitrary interference with privacy, targeted interception of communications, hacking, including government-sponsored hacking, and all forms of online violence and harassment, intimidation, smear campaigns, threats and doxxing, which disproportionately target women human rights defenders, and measures that prevent or disrupt access to information and communication channels, including Internet shutdowns,

Recognizing that online attacks often pave the way for physical human rights violations and abuses, including killings, beatings, enforced disappearances and arbitrary detention, which have a negative effect on the work of human rights defenders,

Emphasizing the importance of digital connectivity, including in remote and rural areas, in ensuring the continuation of critical services, particularly during protests, elections, situations of crisis, armed conflict or foreign occupation, and underlining the importance of access to a free, affordable, open, interoperable, reliable, stable, safe and secure Internet,

Recognizing that universal connectivity means connectivity for all and everywhere, and that meaningful connectivity allows users to have a safe, accessible and productive online experience at an affordable cost, and recognizing also that universal and meaningful connectivity is essential for the enjoyment of human rights, including for human rights defenders to conduct their work effectively and safely, both online and offline,

Strongly condemning the use of Internet shutdowns, including the blocking of access to communication platforms, to intentionally and arbitrarily prevent or disrupt access to or the dissemination of information online, which is inconsistent with international law, including international human rights law, and stressing the importance of a free, affordable, open, interoperable, reliable and secure Internet,

Noting with deep concern the use or transfer of technological tools developed by the private surveillance industry by private or public actors to undertake surveillance, hacking of devices and systems, including through the use of malware or spyware, interception and disruption of communications, and data collection, interfering with the professional and private lives of individuals, including human rights defenders, engaged in the promotion and protection of human rights and fundamental freedoms, when in violation or abuse of their human rights, including the right to privacy,

Noting with deep concern also the negative impact that surveillance and/or interception of communications, including extraterritorial surveillance and/or interception of communications, as well as the collection of personal data, in particular when carried out on a mass scale, may have on the exercise and enjoyment of human rights, including of women and girls,

Expressing its concern at the arbitrary and unlawful surveillance, both in physical and digital spaces, including online, of human rights defenders, including women human rights defenders, including through the use of closed-circuit television and aerial surveillance vehicles, as well as through the use of new and emerging digital tracking tools, such as biometric technologies, including facial and emotional recognition and international mobile subscriber identity-catchers (“stingrays”), in violation or abuse of their human rights, including the right to privacy,

Expressing its grave concern about repressive activities conducted abroad by States outside their own jurisdiction to harm, silence and intimidate human rights defenders through digital, physical and other means, including through the misuse of spyware and other intrusive surveillance software,

Recognizing that artificial intelligence systems, when used without appropriate human rights safeguards and including when used for identification, tracking, profiling, facial recognition, the generation of synthetic photorealistic images, behavioural prediction or the scoring of individuals, can entail serious risks for the protection and promotion of human rights and their enjoyment by human rights defenders,

Noting with concern reports indicating lower accuracy of biometric data identification, including facial recognition technologies that show racial, gender and disability identification biases and prejudices, including when non-representative training data are used, and that the use of digital technologies can reproduce, reinforce and even exacerbate racial, gender and disability inequalities, and recognizing in this context the importance of effective remedies,

Recalling the efforts to support meaningful multi-stakeholder engagement, including the principles outlined in the 2030 Agenda for Sustainable Development and the Global Digital Compact, and welcoming those contained in the multi-stakeholder statement on strengthening Internet governance and digital policy processes adopted at the 10-year review conference of the Global Multistakeholder Meeting on the Future of Internet Governance, held in São Paulo, Brazil, on 29 and 30 April 2024,

Alarmed at the killing, kidnapping, enforced disappearance, arbitrary detention, torture, harassment, intimidation, criminalization and judicial harassment of, and the smear campaigns, violence, including sexual and gender-based violence, and threats both online and offline used against, human rights defenders, including women, environmental and Indigenous or their family members, associates and legal representatives,

Recognizing the importance of combating all forms of violence against human rights defenders, including women human rights defenders, in the context of digital technologies, including sexual exploitation and abuse, the use of deepfakes, doxxing, harassment, stalking, bullying, non-consensual sharing of personal sexually explicit content, threats and acts of sexual and gender-based violence, death threats, arbitrary or unlawful surveillance and

tracking, trafficking in persons, extortion, censorship, illegal access to digital accounts, mobile telephones or other electronic devices, in line with international human rights law,

Recognizing also that human rights defenders have been the target of a growing number of digital attacks, paralyzing their means of communication, and that lack of accountability for online attacks is a protection gap,

Acknowledging that, while the digital environment offers new opportunities for the realization of the rights of the child, it also poses risks of violation or abuse of those same rights,

Deeply concerned that unpunished threats, attacks and violence against human rights defenders, both online and offline, contribute to a persistent climate of impunity, which in turn contributes to the recurrence of these crimes,

Gravely concerned that national security, counter-terrorism and cybercrime legislation and other measures, such as defamation and libel laws and laws regulating civil society organizations, are in some instances misused to target human rights defenders, or have hindered their work and endangered their safety, in contravention of international law, including human rights law,

Mindful that domestic law and administrative provisions and their application should not hinder but enable the work of human rights defenders, including by avoiding any criminalization, stigmatization, impediments, discrimination, obstructions or restrictions thereof contrary to the obligations and commitments of States under international law, including human rights law,

Expressing serious concern at the rise of strategic lawsuits against public participation, including those brought by business entities, to exercise pressure, intimidate or exhaust the resources and morale of human rights defenders and thereby impede them in the performance of their work, including on matters of public interest,

Recognizing that the protection of human rights defenders can be fully achieved only in the context of a holistic approach that includes the strengthening of democratic institutions, protecting the international legal order, safeguarding civic space, the fight against impunity, ending gender and economic inequality and social exclusion, bridging all digital divides, including the gender and geographic digital divides, including between and within countries, and securing equal access to the Internet,

1. *Stresses* that the right of everyone, individually or in association with others, to promote and strive for the protection and realization of all human rights and fundamental freedoms, as enshrined in the Declaration on Human Rights Defenders, without retaliation or fear thereof, both online and offline, is essential in building and maintaining inclusive, peaceful and democratic societies;

2. *Also stresses* the positive, important and legitimate role and contribution of human rights defenders, including women human rights defenders, in promoting and protecting human rights, strengthening understanding, tolerance and peace, promoting equal access to new technologies and bridging digital divides, and urges States to create and support a safe, enabling, accessible and inclusive environment online and offline for their participation in all relevant activities;

3. *Strongly condemns* the violence against and the criminalization, intimidation, attacks, torture, enforced disappearance and killing of, and all other human rights violations or abuses online and offline against, human rights defenders, including women, environmental and Indigenous human rights defenders, by State and non-State actors, stresses the need to combat impunity by ensuring that those responsible for violations and abuses against human rights defenders, or against their legal representatives, associates and family members, are promptly brought to justice through impartial and independent investigations, and underlines that ensuring accountability is a key element in preventing future violations and abuses of international human rights;

4. *Recognizes* that democracy and the rule of law are essential components for the protection of human rights defenders, and urges States to take measures to strengthen democratic institutions, safeguard civic space, uphold the rule of law and combat impunity;

5. *Calls upon* States to combat impunity by conducting prompt, impartial and independent investigations and pursuing accountability for all forms of violations, abuses and threats by State and non-State actors against any human rights defender, or against their legal representatives, family members and associates, and by condemning publicly all forms of violence and discrimination, including multiple and intersecting forms of discrimination, and acts of intimidation or reprisal, and underlining that such practices can never be justified;

6. *Notes with appreciation* the work of the Special Rapporteur on the situation of human rights defenders and takes note of her reports submitted to the Human Rights Council¹ and the General Assembly,² and strongly encourages all States to cooperate with and to assist the Special Rapporteur;

7. *Condemns* all acts of intimidation and reprisal, both online and offline, by State and non-State actors against individuals, groups and organs of society, including against human rights defenders and their legal representatives, associates and family members, who seek to cooperate, are cooperating or have cooperated with subregional, regional and international bodies, including the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights;

8. *Reaffirms* the right of everyone, individually and in association with others, to unhindered access to and communication with international bodies without fear of reprisal, in particular with the United Nations, its representatives and mechanisms in the field of human rights, including the Human Rights Council and its special procedures, the universal periodic review mechanism and the treaty bodies, as well as regional human rights mechanisms, and strongly calls upon all States to realize this right;

9. *Calls upon* States:

(a) To promote a safe and enabling environment for human rights defenders, including women human rights defenders, to conduct their work both online and offline, and to ensure that laws, policies and practices are in compliance with applicable obligations and commitments under international law, including international human rights law, so that they do not hinder or limit unduly the ability of human rights defenders to carry out their work or have access to resources;

(b) To refrain from or cease the use or transfer of new and emerging technologies, including artificial intelligence applications and spyware, where they are impossible to operate in compliance with international human rights law or that pose undue risks to the enjoyment of human rights, unless and until the adequate safeguards to protect human rights and fundamental freedoms are in place;

(c) To foster an accessible, inclusive, open, safe and secure digital space that respects, protects and promotes human rights, gender equality and the empowerment of women and girls, and to accelerate efforts to bridge digital divides, including the gender, geographic and other digital divides, between and within countries, and to foster universal, affordable and meaningful connectivity, particularly during protests, elections, situations of crisis, armed conflict or foreign occupation, the use of information and communications technology and the promotion of open and secure digital access and digital inclusion, including through digital, media and information literacy and digital security training, in order to promote the full enjoyment of human rights for all;

(d) To encourage diverse and human rights-respecting technological solutions to advance connectivity, including by creating an enabling, inclusive and effective regulatory environment for small, non-profit and community Internet operators;

(e) To encourage the private sector to apply the Guiding Principles on Business and Human Rights;

(f) To guarantee the right to freedom of expression, which includes the freedom to seek, receive and impart information, including by promoting transparency, proactively publishing data and integrating digital and media literacy into educational curricula;

¹ A/HRC/58/53 and Add.1 and 2.

² A/79/123.

(g) To prioritize the development and implementation of national online child safety policies and standards, in compliance with international human rights law, including the Convention on the Rights of the Child;

(h) To expand access to the Internet and secure communication tools, including by increasing funding for such digital security resources as encrypted communication applications and secure reporting channels;

(i) To refrain from the criminalization, delegitimization or stigmatization of, or smear campaigns, hate speech and disinformation targeting, human rights defenders for documenting human rights violations and abuses, including for communicating with non-State actors, for this purpose;

(j) To refrain from Internet shutdowns, network restrictions or any other measures aiming to disrupt or prevent human rights defenders from having access to or disseminating information and communicating safely and securely, including through the use of blocking, throttling or filtering measures, or by interfering with the use of technologies, such as encryption or anonymity tools;

(k) To promote measures and technical solutions for strong encryption and anonymity, such as pseudonymization, not to interfere with the use of such technical solutions, with any restrictions thereon complying with States' obligations under international human rights law, and to enact laws and policies that protect the privacy of individuals' digital communications;

(l) To support efforts to enable human rights defenders to store and safeguard their information securely, without fear of unlawful surveillance or data breaches or arbitrary seizure of equipment including putting in place robust legal safeguards to prevent the misuse of digital tools to suppress dissent or target defenders and ensure that their rights online and offline are protected;

(m) To refrain from and cease measures that violate human rights, including such practices as the targeted use of spyware against human rights defenders, as such actions may be incompatible with international human rights law, and to make available mechanisms to provide appropriate remedies for victims of surveillance-related violations of law, consistent with international human rights law;

(n) To ensure that biometric identification and recognition technologies, including facial recognition technologies, are not used by public and private actors for mass surveillance, and are used only when consistent with international human rights law and the principles of legality, necessity and proportionality, and also to ensure access to remedies for human rights violations and abuses arising from biometric identification and recognition technologies;

(o) To ensure that the criminalization and prosecution of terrorism, cybercrimes or national security offences, defamation and libel laws and other and other measures used to address threats in this regard are in accordance with their obligations under international human rights law, and to avoid the criminalization of human rights defenders or unduly hindering their work;

(p) To adopt and implement laws and policies that discourage strategic lawsuits against public participation targeting journalists, media outlets and human rights defenders, including women human rights defenders, and to provide legal support to victims;

(q) To take all steps necessary to prevent threats, attacks, discrimination, arbitrary arrests and detention or other forms of harassment, reprisals and acts of intimidation against civil society actors, including human rights defenders, to promptly, impartially and independently investigate any such alleged acts, to ensure access to justice and accountability and to end impunity where such violations and abuses have occurred;

(r) To enhance the collection of disaggregated data on the situation of human rights defenders, also by benefiting from data collected by civil society, the media and national human rights institutions, including on threats, attacks or violence against human rights defenders, including women human rights defenders, and to do their utmost to make them available to the Office of the High Commissioner;

10. *Continues to express its particular concern* about systemic and structural discrimination, economic disenfranchisement, violence and harassment disproportionately faced by women human rights defenders in diverse situations and conditions, including sexual and gender-based violence, as well as defamation, disinformation and smear campaigns, both online and offline, and reiterates its strong call upon States to take appropriate, robust and practical steps to protect women human rights defenders and to integrate a gender perspective into their efforts to create a safe and enabling environment for the defence of human rights;

11. *Condemns unequivocally* online attacks against women and girls, including sexual and gender-based violence and abuse of women and girls that occurs through or is amplified by technology, such as doxxing, deep-faking, cyberstalking and online harassment, and against women by the non-consensual sharing of intimate images, whether real or simulated, in particular where women human rights defenders engaging in public debate are targeted for their expression, and calls for gender-responsive approaches that take into account these particular forms of online discrimination and harassment;

12. *Calls upon* States to create and support an enabling environment for the full, equal and meaningful participation of women's civil society organizations and women human rights defenders, both online and offline, including by bridging the gender, geographic and other digital divides;

13. *Underscores* the responsibility of all business enterprises, particularly those in the tech industry or operating online both transnational and others, in accordance with the Guiding Principles on Business and Human Rights, to respect all human rights, including the rights to life, liberty and security of person of human rights defenders, and their exercise of the rights to freedom of expression, peaceful assembly and association, and participation in public affairs, which are essential for the promotion and protection of all human rights;

14. *Encourages* business enterprises, including communications service providers and social media companies, to work towards enabling solutions to secure and protect the confidentiality of digital communications and transactions, including measures for encryption, pseudonymization and anonymity, and to ensure the implementation of human-rights compliant safeguards, and to carry out human rights due diligence in accordance with the Guiding Principles on Business and Human Rights throughout the lifecycle and value chain of their services and products in order to identify, prevent and address potential risks to human rights defenders;

15. *Requests* the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights to convene three regional workshops, including through hybrid modalities, to assess the risks created by digital technologies to human rights defenders and best practices to respond to these concerns in different geographical areas, bearing in mind current and emerging business models and gender, geographic and other digital divides and sensitivities, with participation from civil society, human rights defenders and the private sector;

16. *Also requests* the Office of the High Commissioner to prepare a report containing a summary of those consultations, which could include recommendations for due diligence and improved responses to the risks created by digital technologies to human rights defenders, including those exposed to discrimination and those working in situations of armed conflict, and to present it to the Human Rights Council at its sixty-third session;

17. *Decides* to remain seized of the matter.

*58th meeting
4 April 2025*

[Adopted without a vote.]